Sechste Beilage zum Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

№ 44. Sonntag den 13. Februar 1887. 81. Jahrgang.

Die Militairvorlage und die Opposition.

* Wo die Opposition — namentlich der „Deutschfreisinn" — zum Zwecke der Wahlagitation nicht gröbere Lügen für angebracht hält, wie etwa die durch Annahme des Septennats in Wirksamkeit tretende siebenjährige Dienstzeit, da debütirt sie, nach wie vor, mit der von ihrem Generalissimus Windthorst, in Voraussetzung der Dinge, die da kommen mußten, rechtzeitig ausgegebenen Parole: „Jeden Mann und jeden Groschen" bewilligt zu haben.

Wir wissen sehr wohl — schreibt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" —, unseren Lesern in Bezug hierauf nichts Neues sagen zu können, befürchten sogar, wenn wir das Thema abermals berühren, sie zu ermüden. Im öffentlichen Interesse erscheint es indeß geboten, wieder und immer wieder mit erhobener Stimme zu erklären, daß jene Behauptung eine Unwahrheit, eine auf die Unkenntniß und Leichtgläubigkeit der breiteren Volksschichten berechnete dreiste Unwahrheit ist.

Die Regierung mußte, wollte sie nicht hinter den Kriegsvorbereitungen der in Betracht kommenden Nachbarstaaten — in erster Linie Frankreichs — geradezu sträflicherweise zurückbleiben, unter jeder Bedingung eine Vergrößerung der Armee anbahnen. Das war zu erreichen, wenn sie umgebildet so und so viel neue, taktisch gegliederte, größere Formationen — vielleicht 2 bis 3 Armeecorps — schuf, oder aber eine Anzahl neuer Bataillone errichtete, eine Anzahl vorhandener verstärkte, um so geradezu im Frieden so viel wehrfähige Männer mehr zu Soldaten zu machen, daß im Kriege genügendes Material zu Neuformationen vorhanden war. Daß wir im Falle eines Feldzugs zu Neuformationen schreiten werden und müssen, das lehrt doch zur Genüge die Geschichte der kriegerischen Ereignisse der Jahre 1866 und 1870/71, ja die Kriegsgeschichte überhaupt.

Die Kriegsverwaltung hatte in verhältnißmäßig sehr bescheidenen Maßstabe ein Mittel vorgeschlagen, durch welches Beides zu erreichen war: sofortige und kräftige Verstärkung.

Sie verlangte zunächst eine Erhöhung der Präsenzziffer um 41,000 Mann, d. h. eine fortlaufende Erhöhung der Aushebungsquote von 13—14,000 Mann, deren Durchschnitt für 3 Jahre eben jene erstgenannte Ziffer ergiebt. Die Consequenz dieser Maßregel würde die dauernde Vergrößerung der Armee innerhalb des von dem Wehrpflichtigen abzuleistenden Quodcerminums (Linie, Reserve und Landwehr) um 12×13 bis 14,000 = 156—168,000, im Durchschnitt also um: 162,000 Mann gewesen sein.

Da die Regierung nun aber von einer dauernden Fixirung der Präsenzstärke (Aeternat) Abstand nahm und sich auf den Standpunct des s. Z. geschlossenen Compromisses (Septennat) stellte, so kam dementsprechend auch die dauernde Bewilligung in Fortfall. An deren Stelle sollte wieder die bisherige, auf sieben Jahre beschränkte treten, d. h. also die Armee sicher vergrößert werden zunächst um:

7 × 13 bis 14,000 = 91 bis 98,000, d. h. im Durchschnitt um 94,500 Mann.

Die Opposition nun entsprach diesem Vorschlage nicht, sondern demolirte nach dem bekannten Hin und Her, und nachdem alle Mittel, die verbündeten Regierungen unter ihren Willen zu beugen, fruchtlos geblieben waren, die Mittel für die beantragte Präsenzstärke auf — drei Jahre, d. h. also für

3 × 13 bis 14,000 = 39,000 bis 42,000 oder im Durchschnitt für 41,000 Mann!

Mit anderen Worten, sie bewilligte nicht „jeden Mann und jeden Groschen", sondern

„53,500 Mann weniger",

als die Regierungen verlangt hatten.

Eine ernste Mahnung.

* Im Anschluß an unsere gestrige Notiz, laut welcher das nationalliberale Centralwahlcomité die Parteigenossen um pecuniäre Unterstützung ersucht und Gaben zu den Wahlzwecken an das nationalliberale Centralbureau, Berlin W, Köthenerstraße 46, zu senden bittet, geht uns folgender Aufruf zu:

An die bemittelten, reichstreuen Wähler
in Stadt und Land!

In wenigen Wochen feiert unser greiser Kaiser seinen 90. Geburtstag, und vielfach wird die Frage erörtert, wodurch ihm sein treues Volk bei dieser Gelegenheit seine Ergebenheit und Dankbarkeit bezeigen könne.

Es ist da ein Armengeschenk in Vorschlag gebracht worden; der Gedanke ist sehr schön und nichts liegt mir ferner, als dagegen sprechen zu wollen. Aber ich meine, etwas anderes liegt augenblicklich nicht minder nahe. Durch nichts würde dem Kaiser größere Freude bereitet werden können, als wenn das Volk ihm einen Reichstag bescherte, in dem die Männer, welche treu zu Kaiser und Reich stehen, die Mehrheit bilden. Dazu ist es natürlich in erster Linie erforderlich, daß Jeder am Wahltage seine Pflicht thue. Aber noch ein Zweites kann geschehen und das ist nicht minder wichtig: es handelt sich um die zur Betreibung einer nachdrücklichen Agitation nöthigen Geldmittel. In dieser Beziehung können wir uns wirklich die Engländer zum Muster nehmen. Dort opfert mancher freudig Hunderte von Pfunden, um seiner Partei zur Herrschaft zu verhelfen.

Wir verfolgen keine eigennützigen Zwecke, uns ist es um das Wohl des Reiches zu thun; sollten wir deshalb weniger opferwillig sein? Es ergeht also an alle bemittelten, reichstreuen Wähler Leipzigs die Mahnung: helft ein Jeder nach seinen Kräften dazu, der Parteileitung die nöthigen Mittel zu verschaffen! Und bei der Nähe des Wahltermins heißt es: Was Du thun willst, das thue bald! Und wer sich scheut, weil er keine ansehnliche Summe, sondern nur ein Scherflein beitragen kann, der vereinige sich mit Gleichgesinnten: viel Kleines schafft Großes.

Also nochmals: Wer seinem Kaiser zum 90. Geburtstage eine Freude machen will, der helfe opferwillig die Mittel zu wirksamer Agitation beschaffen, damit der Kaiser als Geschenk der Nation empfange einen Reichstag mit reichstreuer Mehrheit. —g.

Nachtrag zum politischen Tagesbericht.

* Der Bukarester Correspondent der „Politischen Correspondenz" bezeichnet die Meldung, daß ein Theil der rumänischen Armee auf Kriegsfuß gesetzt werden solle, als vollständig unbegründet. Ebenso grundlos sei die Behauptung, daß die Beschaffung jenes Ausrüstungs-Materiales, dessen Ankauf durch die Militair-Reorganisation nothwendig geworden ist, im Hinblicke auf eine für bevorstehend erachtete Kriegsgefahr beschleunigt werde. Es liege auf der Hand, daß Rumänien in einer Periode allseitiger Rüstungen das Tempo dieser Anschaffungen lebhafter gestalten müsse als in ruhigen und normalen Zeitläufen; zu Kriegsrüstungen habe jedoch die rumänische Regierung um so weniger Veranlassung, als sie fest entschlossen ist, den Standpunct des ruhigen Beobachters und strengster Neutralität auch für den Fall ernsterer Verwickelungen in der bulgarischen Frage unter keinen Umständen aufzugeben. — Aus diesem Grunde haben auch die Meldungen von angeblich schwebenden Verhandlungen über eine rumänisch-serbisch-bulgarische Donau-Conföderation gerade jetzt am allerwenigsten Glauben zu beanspruchen. Man gehe diesbezüglich auch in rumänischen maßgebenden Kreisen von der Anschauung aus, daß die Stellung Rumäniens einer eventuellen Orient-Conflagration gegenüber eine wesentlich andere sei als die Bulgariens und Serbiens, und daß Rumänien nicht blos den eigenen Interessen, sondern auch denen dieser Nachbarländer durch eine strenge Neutralität besser diene als durch ein etwaiges Bündniß.

* Die telegraphisch signalisirte Bombenexplosion in Lyon, welche in der Nacht zum 9. d. Mts. erfolgte, wird der „Times" als das Werk der Anarchisten bezeichnet. In dieser Beziehung wird hervorgehoben, daß der Anarchist Morelle das Verbrechen von Lyon vorhergesagt habe. Auch erfolgte in Saint Etienne zwei Stunden vor dem Vorgange in Lyon eine Explosion, die jedoch einen minder ernsten Charakter hatte. Zugleich wird versichert, daß in St. Etienne vor einigen Tagen anarchistische Maueranschläge von der Polizei abgerissen wurden. Ueber das Verbrechen von Lyon liegen folgende nähere Mittheilungen vor: Hinter dem Justizpalaste an der Rue Saint-Jean waren an der Gitterthür, durch welche man zu dem Polizeiposten und dem Bureau des Commissars gelangt, zwei Bomben gelegt, die nach der „Times" nicht mit Dynamit, sondern mit Schießpulver und Nitrat gefüllt waren. Die Bomben explodirten nach einander, wobei die Fensterscheiben des Justizpalastes und der benachbarten Häuser zersprangen. Der Polizeicommissar Brault, sein Secretair, sowie vier Polizei-Agenten wurden verletzt; die Verwundung des Commissars ist eine schwere, so daß er nach dem Hotel Dieu transportirt werden mußte. Wären die Bomben geschickter gelegt worden, so hätte die Explosion noch weit größeren Schaden angerichtet. An den benachbarten Mauern fand man Projectile von Blei, sowie Stücke Zink und Eisenblech. Einer der Verbrecher muß schwer verletzt worden sein, da man den Blutspuren von der Rue Saint-Jean bis zum Pont d'Alinay folgen konnte. Als wahrscheinlich gilt nach dem „Figaro", daß man den also Verletzten entdecken und dann auch dessen Mitschuldigen auf die Spur kommen wird.

Zur Wahlbewegung.

* Wir werden von competenter Seite ersucht, Folgendes zu veröffentlichen: „Was ist an dem Gejammer über die durch die Heeresverhöhung bewirkte Ueberlastung der Steuerkraft des Volkes? Es ist eitel Uebertreibung. Für die beiden untersten Steuerclassen erhöht sich der jährliche Steuersatz um nicht mehr als 13½ Pfennige und so verhältnißmäßig wächst er durch die übrigen Classen. Was sind aber diese geringen Ausgaben gegenüber den Lasten eines unglücklichen Krieges, der die Wohlhabenden arm und die Armen noch ärmer macht?" Es ist die alte Geschichte, von gewissenlosen Agitatoren werden die unwissendsten Wähler in den Versammlungen durch das Schreckgespenst großer Steuererhöhung aufgestachelt, das, wenn man der Sache auf den Grund geht, sich lediglich als ein Lügengewebe der gröbsten Sorte herausstellt.

* Die deutschfreisinnige Partei eignet sich immer mehr die Moral und Taktik ihres Verbündeten, der Socialdemokratie, an. In einem Flugblatt, welches der „Zittauer Morgenzeitung" beiliegt und welches dieselbe ihren Lesern besonders empfiehlt, wird den Wählern deutlich zu verstehen gegeben, sie hätten nicht nöthig, eine von ihnen ertheilte Unterschrift des Wahlaufrufes für den gegnerischen Candidaten als bindend zu erachten, sondern sie könnten trotz dieser Unterschrift im entgegengesetzten Sinne wählen. Das ist eine ganz directe Aufforderung zur Heuchelei. Nun die Deutschfreisinnige Partei mag nur auf diesem Wege weiter fortfahren, sie wird ja schließlich sehen, wo sie zuletzt anlangt.

* Sehr einfach und schlagend geht man in Württemberg vor. Von dem Major a. D. von Tritsch wird nämlich eine nach den besten, meist amtlichen Angaben entworfene Karte der französischen Festungen und Truppenstellungen mit gutem Erfolge als Wahlflugblatt verbreitet. Bestellungen sind zu richten an die königliche Hofbuchdruckerei Zu Guttenberg in Stuttgart (Carl Grüninger). 100 Stück kosten 5 ℳ, einzelne Exemplare 10 ₰. Die Sendung der gewünschten Exemplare geschieht der Einfachheit halber unter Nachnahme der Kosten.

Riesa. Am vergangenen Mittwoch entwickelte hier in einer überaus zahlreich besuchten Wählerversammlung der Wahlcandidat der Ordnungsparteien für den VII. Wahlkreis, Herr Kammerherr Freiherr von Friesen auf Rötha, sein politisches Programm. In klarer und sachgemäßer, von warmer Vaterlandsliebe durchwehter und mit einem reichen Zahlenmaterial ausgestatteter Rede berührte Herr von Friesen eingehend die Militairfrage, für die nicht die augenblickliche politische Lage, sondern die weit fortgeschrittenen Wehrverhältnisse der Nachbarstaaten, namentlich Frankreichs und Rußlands, maßgebend gewesen sind. Der Vorsitzende dankte dem Redner für seinen eingehenden und patriotischen Vortrag und forderte die Anwesenden auf, am Wahltage ihre Stimmen Herrn von Friesen zu geben. Nach dem Gesange des Liedes: „Deutschland, Deutschland über Alles" wurde die Versammlung mit einem dreifachen mit Begeisterung aufgenommenen Hoch auf Kaiser und Reich geschlossen. Zu bemerken ist noch, daß die anwesenden Socialdemokraten den Vortrag wiederholt durch Zwischenrufe zu stören versuchten und daß sie während des Gesanges ein lautes Geschrei und Gejohle anstimmten, was jedoch die andern Wähler durchaus nicht hinderte, das patriotische Lied zu Ende zu singen.

Fibha, 11. Februar. Am nächsten Sonntag findet hier von Nachmittag 4 Uhr an im Schumann'schen Gasthofe eine von dem Ortswahlcomité zu Fibha veranstaltete öffentliche Wählerversammlung statt. Die Tagesordnung derselben lautet: Die bevorstehenden Reichstagswahlen. Als Referenten hierüber ist es dem Comité gelungen, den in weiteren Kreisen bekannten Fabrikbesitzer Curt Starke aus Frankenau bei Mittweida zu gewinnen. Dadurch, daß gerade dieser Redner das Referat übernommen hat, gewinnt die Versammlung ein ganz besonderes Interesse. Herr Curt Starke hat in der Septennatsfrage sich bekanntlich von seinen früheren deutschfreisinnigen Gesinnungsgenossen getrennt, ist aus der Partei ausgeschieden, tritt jetzt für die Annahme der Regierungsvorlage ein und wird in seinem Vortrage nicht verfehlen, seine Stellungnahme eingehendst zu begründen.

* Die vor einigen Tagen in Glauchau abgehaltene öffentliche Sitzung des dortigen conservativen Vereins erfreute sich eines sehr zahlreichen Besuchs. Der Saal der Centralhalle war voll besetzt. Nachdem der Vereinsvorsitzende, Herr Landtagsabgeordneter Rittmeister Geibke aus Gesau, die Versammlung begrüßt und mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser eröffnet hatte, sprach Herr Seminarverlehrer Dr. Müller aus Waldenburg über „Politik und Geschichte. In 1¼ stündiger Rede zeigte derselbe die hohe Bedeutung des engen Zusammenhangs, der zwischen dem geschichtlichen Werden, der Geschichtschreibung, der allgemeinen geschichtlichen Bildung und der Staatskunst und dem allgemeinen politisch richtigen Urtheilen und Handeln besteht und zu bestehen hat. Namentlich in seiner zweiten Hälfte ging der wiederholt von zustimmenden Zurufen und Bravos begleitete Vortrag, dem die Zuhörer mit großer Aufmerksamkeit folgten, auf die brennenden Fragen der Gegenwart ein, auf Parlamentarismus, Socialdemokratie, Parteiwesen, politische Lesegesellschaften und Tendenzblätter, auf Armeestärke, Kriegsbudget, Dienstzeit ꝛc. in Deutschland und seinen Nachbarstaaten, auf die neue Art und weltgeschichtlich entscheidende Bedeutung der Kriege und das Septennat in der Militairvorlage. Der Redner schloß mit der Mahnung, mit der geschichtlich-politischen Bildung vor allem Treue und Vertrauen zu verbinden und die Hoffnung des Dichters aus den Freiheitskriegen (Schenkendorf) zu verwirklichen und den letzten Feind zu bezwingen. Durch lebhaften Beifall bekundete die Versammlung dem Redner ihren Dank und ihre Zustimmung. Nach kurzer Pause eröffnete der Vereinsvorsitzende die Debatte über den Vortrag und, da Niemand hierzu das Wort begehrte, die Discussion über die bevorstehenden Wahlen. Herr Kaufmann Ehret dankte im Namen der Nationalliberalen für die Schnelligkeit und Bereitwilligkeit, die man bei Begründung der Wahlcomités gefunden habe, und mahnte zu zahlreicher Wahlbetheiligung. Herr Landtagsabgeordneter Geibke und Herr Amtshauptmann Dr. Woenig widerlegten mehrere Unwahrheiten, die in der letzten in Glauchau von socialistischer Seite einberufenen und geleiteten Wählerversammlung wegen des damals beliebten Verfahrens nicht hatten berichtigt werden können, so betreffs der Steuerbeiträge der verschiedenen Classen und betreffs des Antrags im Reichstage zu Gunsten etwaiger Hinterlassenen der Ersatzreservisten ꝛc. Nach einem von Herrn Oberlehrer Dr. Müller auf die deutschen Fürsten und das deutsche Volk ausgebrachten Hoch, in das die Anwesenden freudig einstimmten, schloß Herr Rittmeister Geibke die Versammlung.

, Meißen, 12. Februar. Auch unser Wahlkreis wird nun noch in letzter Stunde mit einem freisinnigen Zählcandidaten beglückt. Der Landesausschuß der deutschfreisinnigen Partei proclamirt forsch den bekannten Rechtsanwalt Munckel in Berlin als seinen Candidaten für den 7. Reichstagswahlkreis. An ein Durchkommen des Genannten ist absolut nicht zu denken. Die Candidatur des Freiherrn von Friesen erscheint vielmehr so gesichert, daß dieselbe jedenfalls schon im ersten Wahlgang den Sieg erringen dürfte.

* Großenhain, 11. Februar. Die Aussichten für die Wahl des Freiherrn von Friesen, dessen Wahlrede hier den besten Eindruck hinterlassen hat, sind nach wie vor durchaus günstige. Der gesammte Bürger- und Bauernstand hiesiger Gegend wird mit verschwindend geringen Ausnahmen für den conservativen Candidaten eintreten. Die Socialdemokraten agitiren zwar eifrig, doch dürften sie kaum größere Erfolge erzielen als bei der letzten Reichstagswahl. Bemerkenswerth ist die Thatsache, daß die socialistischen Reiseapostel weder in der Stadt Großenhain noch auch in den umliegenden Dörfern einen Saal zur Abhaltung einer Versammlung erlangen konnten.

B. Pirna, 11. Februar. Das Getöse des Wahlkampfes wird immer heftiger. Für heute hatten die Deutschfreisinnigen den bisherigen Reichstagsabgeordneten Dr. Otto Hermes aus Berlin entlandt, der wieder in der bekannten Tonart die freisinnige Trommel schlug und daneben auch die große Pauke von jedem „Mann und jedem Groschen" benutzte. Die leidenschaftliche Sprache des Redners führte wiederholt zu Interventionen des die Versammlung überwachenden Bürgermeisters Oehlschlägel und nahe stand bereits die Auflösung, als endlich der Sprecher sich zu einer Mäßigung bequemte. Nach dem eigentlichen Referenten des Abends erhielt das Wort Herr Dr. Friedrich Friedrich aus Dresden, welcher ebenfalls eine Vertheidigung des in seinen Details einer Specialisirung nicht bedürfenden deutschfreisinnigen Programms bot, während dann weiter der Leiter der hiesigen socialistischen Bewegung, Schuhmacher Leuschke, ein Gebräu nach bekanntem Recept darreichte. Für die Vereinigung der reichstreuen Wähler, welche bekanntlich die Candidatur Grumbt unterstützt, trat der sich zur nationalliberalen Partei bekennende Rechtsanwalt Förster-Pirna mit energischer Betonung des nationalen Charakters der Militairvorlage in die Schranken, worauf nächstdem zur Entgegnung vom freisinnigen Standpuncte wieder Herr Dr. Hermes und dann nochmals Herr Dr. Friedrich Friedrich sprach. Der Eindruck des Gesammtverlaufs ließ so recht deutlich erkennen, daß uns noch harte Kämpfe bevorstehen, indem die politischen Leidenschaften immer heftiger aufgestachelt werden. Herr Dr. Hermes gefiel sich besonders dann, mit dem herbeigerufenen Monopolgespenstern die Leute zum Gruseln zu bringen.

†† Zittau, 10. Februar. Die Aussichten für die Candidatur des Herrn Commerzienrath Häbler in Großschönau im I. sächsischen Wahlkreise werden von Tag zu Tag günstigere. Die Conservativen haben ebenfalls die Candidatur Häbler mit zu der ihrigen gemacht.

⊙ Aus dem Erzgebirge, 11. Februar. In den nationalgesinnten Kreisen unseres Erzgebirges hat besonders die bekannte Rede Miquel's die lebhafteste Zustimmung gefunden. Dieselbe ist in ihrem Wortlaute u. A. durch den in Schneeberg erscheinenden „Erzgeb. Volksfreund" mitgetheilt worden; in einer vorgestern in Aue stattgehabten und von 300 Personen besuchten Wähler-Versammlung wurde sie zum Vortrage gebracht. Daß diese Rede, sowie die in der Versammlung gehaltenen Ansprachen die beste Wirkung erzielten, geht daraus hervor, daß die Versammelten sich einmüthig für den Candidaten der Nationalliberalen und Conservativen im 19. Wahlkreise, Herrn Kaufmann Kurlbaum in Annaberg, erklärten. In Aue hat der mehrfach erwähnte freisinnige Verein (Candidatur Hempel) seinen Sitz.

† Dresden, 11. Februar. Der Candidat der hiesigen Reformvereinler, der bisherige Reichstagsabgeordnete für Dresden-Altstadt Herr Baumeister Hartwig, debütirte gestern Abend im Tolosa mit seiner ersten Wahlrede. Der Saal füllte sich mit Angehörigen aller Parteischattirungen bis auf den letzten Platz gefüllt, insonderheit fehlte auch ein ansehnliches Contingent Socialdemokraten nicht. Die Versammlung leitete der frühere Redacteur der „Deutschen Reform" und Vorsitzende des Reformvereins Herr Oswald Zimmermann, der Herrn Hartwig nach einigen einleitenden Worten „vorstellte" und ihn der milden Beurtheilung seiner Wähler empfahl. Herr Hartwig zog es vor, für diesen Abend kein umfassendes Programm zu entwickeln, sondern sich lediglich auf eine Besprechung der Handwerkerbewegung zu beschränken. Der größte Theil seiner Ausführungen bestand in einer Recapitulation längst bekannter Thatsachen, insbesondere der bisherigen gesetzgeberischen Behandlung des Innungs- und Lehrlingswesens ꝛc. Sie gipfelten schließlich in der Versicherung des Redners, daß er jederzeit für die Interessen des Handwerks, insbesondere für die Stärkung der Innungseinrichtungen, für die Befähigungsnachweis, für Erhaltung der Kleinbetriebe und Hebung des Wohlstandes der Handwerker, für Ausbildung des Standesbewußtseins, Ausschluß der Schundconcurrenz und dergleichen mehr eintreten werde. Herr Hartwig schloß seine parteilichen Versicherungen mit dem sonderbaren Vergleich, daß, wenn der englische Lord auf sein Aeneapferd stolz sein könne, es gewiß auch das Handwerk auf seine gedienten Arbeiter sein könne. Die Debatte zeitigte nun eine Reihe erheiternder Momente. Im Fragekasten war ein Zettel eingegangen mit dem Bemerken, Herr Hartwig habe in seiner Rede bis jetzt nur andeutet, daß dem Handwerk geholfen werden soll, aber über das „Wie" habe er sich nicht verbreitet. Herr Hartwig beeilte sich sofort, den Fragesteller dadurch zu belehren, daß er ihm nachmals in wenig Worten auseinandersetzte, wie z. B. die Beseitigung der Preiscontrcurrenz, verständige Zusammenschließen zu Verkäufen, möglichste Rücksichtnahme auf den „kleinen Mann" bei öffentlichen Arbeiten ꝛc. zur Besserung des Handwerkerstandes beitragen könne. Hierauf unternahm Herr Baumeister Hartmann den Versuch, den Candidaten Hartwig von den Vorwürfen rein zu waschen, die seinem „ganz unverbiedener Weise" kürzlich im conservativen Verein durch Herrn Dr. Meinert zu Theil geworden sind. Eine solche erdichtete Philippica hatten sich der Conservative Verein, das „Dresdner Tageblatt" und Herr Dr. Meinert sicher nicht träumen lassen. Ersterer wurde des Centrumbruches beschuldigt. Die Conservativen hätten die Reformer hinter dem Rücken ihres Organs berucht, so daß sie sich jetzt mit Flugblättern behelfen müssen. Dort (bei den Conservativen) finde man Unwahrheit und Verleumdung, bei den Reformern Treue, Wahrheit und Recht. Man habe durch Manöverschacherei das Erscheinen des Candidaten Hartwig zu unterdrücken versucht. Es sei nicht räthlich von dem Vorstande der conservativen Partei, sich solcher unsauberen Mittel zu bedienen. Er habe die Ueberzeugung, daß die Vertreter der conservativen Partei für Lüge und Erfindung Propaganda machten. Alle Verdächtigungen Hartwigs beruhten auf Erfindung und Verleumdung und war aus Perfidie und persönlichem Haß sei es möglich geworden, daß noch ein zweiter Candidat aufgestellt werden konnte. Diese Strafpredigt des Herrn Hartmann wurde von den Reformern mit obligaten Beifallsklatschen und Bravorufen aufgenommen. Stürmische Heiterkeit erregte es nun, als ein Conservativer die Bühne betrat und im Laufe seiner Ausführungen zu Gunsten der conservativen Partei trocken bemerkte, Herr Hartwig habe eigentlich in seiner Wahlrede gar nichts Neues erzählt und thatsächlich auch nicht eine selbstständige Idee zum Ausdruck gebracht. Herr Hartwig habe auch recht schön vorzulesen verstanden, eine eigene Meinung aber nicht entwickelt. Ein anderer Redner suchte diesem Vorwurfe gegenüber schleunigst die Ehre des Beleidigten zu retten und zu constatiren, daß Herr Hartwig wohl einen selbstständigen Gedanken gehabt habe, als er kurz den Wunsch nach einer besseren Rechtspflege äußerte. Ein Christlich-Socialer unternahm es hierauf darzuthun, daß die eigentliche Majorität des christlich socialen Vereins nicht für Hartwig sei, worauf der bekannte socialdemokratische Schneider Ihler die Bühne betrat, Herrn Hartwig seinen tiefgefühltesten Dank für dessen arbeiter- und handwerkerfreundlichen Gesinnungen aussprach, jedoch die Frage an denselben richtete, wie er denn eigentlich die Handwerkerfrage zu lösen gedenke, ohne an den Fabrikbetrieben zu rütteln. Freudiges Gelächter erscholl, als Herr Ihler am Schlusse seiner übrigens sachlich und ruhig gehaltenen Worte meinte: „Wie Socialdemokraten wissen es ja, daß die Christlich-Socialen so ziemlich mit den Socialdemokraten harmoniren." Auf die Frage des Vorredners bemerkte Herr Hartwig, daß es ja in einer Menge von Fabrikbetrieben unabhängige Handwerker gebe. Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, wurde die denkwürdige Versammlung mit einem Hoch auf Kaiser, König und Reich geschlossen.

* In den Wahlen, aus Baden, 11. Februar. Die Aussichten der reichstreuen Parteien auf Erfolge bei den Wahlen mehren sich. Jetzt hat das „Konstanzer Tageblatt", das leitende Centrumsorgan des südlichen Badens, sich für das Septennat erklärt und empfiehlt den Katholiken angesichts des hohen Ernstes der Lage, nicht den Centrumscandidaten Pfarrer Wehrle, sondern den nationalliberalen Candidaten Bürgermeister Moppel zu Radolfzell (den bisherigen Vertreter) zu wählen. Das Blatt erklärt, daß die Bewilligung des Septennats die Interessen der katholischen Kirche in keiner Weise schädigen könne. In dem katholischen glaubenstreuen Baden ist dieser Abfall von priesterlicher Bevormundung eine werthvolle Kundgebung.

* Der badische Lehrerverein fordert in einem Aufrufe die Lehrer auf, vollzählig an der Wahlurne zu erscheinen und nur solchen Candidaten die Stimme zu geben, welche für das Septennat eintreten. „Lassen wir" — heißt es in dem Aufrufe — „dabei alle anderen Rücksichten, politische Gesinnung, Parteistellung, Persönlichkeiten in den Hintergrund treten; verschließen wir überhaupt allen fremden Einflüsterungen, welche uns von der Erfüllung unserer heiligen Pflicht abwendig machen wollen, unser Ohr! Suchen wir auch unsere Mitbürger für die gute Sache zu gewinnen! Belehren wir die Unwissenden, rathen wir den Zweifelnden, ermuthigen wir die Zaghaften!" — Bravo!

* Die deutschfreisinnige Partei muß es im gegenwärtigen Wahlkampf in manchen Gegenden, weil sie sich in thatsächliche Bundesgenossenschaft mit erklärten Reichsfeinden begeben hat, erfahren, daß ihr die Inhaber von Sälen diese zur Abhaltung von Versammlungen verweigern. Die Angehörigen dieser Partei fragen nun auch, daß dabei auf die Gastwirthe ein „höherer Druck" ausgeübt werde. Was es mit dieser Behauptung auf sich hat, das kann aus der nachstehenden Bekanntmachung der „Magdeburgischen Zeitung" ersehen werden:

Die Herren Bünger-Burg und Dauntzer-Genthin haben sich erbietet, in der durch die 1. Beilage zur Nr. 61 der Magdeburgischen Zeitung veröffentlichten Bekanntmachung zu bekunden, daß in Folge eines höheren Drucks auf die Gastwirthe in Cracau, Elbenau, Prester, Loitsch, Scharlau, Parchau, Zitzborn, Neugrop und Hohenlinden die Säle zu Versammlungen der deutschfreisinnigen Partei verweigert worden seien.

Im Interesse der Wahrheit, welche öffentlich zu verfechten die Herren sich nicht scheuen, sehen wir uns genöthigt, zu erklären, daß wir von keinem höheren Druck etwas gespürt, vielmehr aus eigenem freien Entschlusse die Herausgabe unseres Locals für Versammlungen des fortschrittlichen Herrn Dr. Greve abgelehnt haben, gemäß nach den von uns eingegangenen Erkundigungen die Einwohner unserer Gemeinden nicht geneigt waren, die zur Genüge bekannten Redensarten und Schlagwörter des Herrn Dr. Greve, sowie dessen persönliche Angriffe auf seine Gegenkandidaten zu hören, welcheiche der Wunsch unverhohlen ausgesprochen hatten, von Herrn Greve gar nichts hören zu wollen.

Fritz Schmidtdorf, Restaurateur in Cracau. Franz Crecius, Gastwirth in Elbenau. L. Brauer, Paul, Thiele, Gastwirthe in Hohenwitz. Dreckmann, Tuchen, Gastwirthe in Ritzburg. F. W. Dorn, W. Wiecke, Gastwirthe in Leipzig. Carl Grüttz, F. Lütz, A. Trenker, Gastwirthe in Neugrop. Albert, Friedrich Dörre, Nicke, Rudner, Gastwirthe in Parchau. Chr. Wuthe, Gastwirth in Prester. F. Eule, Voigt, Gastwirthe in Scharlau.

Socialpolitisches.

In wie unberechtigter Weise die Oftern Vorwürfe gegen die Ortskrankencassen erhoben werden, mag folgendes Beispiel erweisen: Ein Mitglied in einem nördlichen Vororte Leipzigs war nach 6monatlicher Krankheit im April vor. Js. ausgesteuert worden; noch mehrere Wochen darauf verstarb der Erkrankte und nachdem die hinterlassene Wittwe den Nachweis geliefert, daß der Tod in Folge der nämlichen Krankheit, für welche die Unterstützung gezahlt worden, eingetreten war, erhielt sie das Sterbegeld im vollen